

01.11.2017 - Von den konservativen Vorstellungen mancher Linker

Warum ich keine Lust mehr habe, mit gewissen «linken» Feministinnen über Sexarbeit zu diskutieren ? eine Polemik

von *Almuth Wessel*

Ich bin es leid! Wann immer ? gerade auch unter ParteigenossInnen der LINKEN ? das Thema «Prostitution» oder «Sexarbeit» angeschnitten wird, habe ich es mit den immer gleichen Argumenten zu tun. Nichts wird hinterfragt, nichts wird reflektiert und die Meinungen stehen wie einbetoniert. Niemand fragt, warum dieses Thema seit 2013 in den Medien in mehr oder weniger emotionalisierter Form behandelt wird ? und warum immer nur EIN Aspekt von Wirklichkeit zum Tragen kommt. Niemandem fällt auf, dass es sich hier um einen Stellvertreterkrieg handelt, der auf Kosten von allen Frauen geführt wird. Ein Stellvertreterkrieg, der in perfider Weise von den skandalösen Verhältnissen in der neoliberalen, kapitalistischen Gesellschaft ablenkt. Denn letzten Endes profitieren wir alle von Ausbeutung und Menschenhandel.

Die «Überarbeitung» des Prostitutionsgesetzes von 2002 war bereits Inhalt des Koalitionsvertrags der GroKo 2013 ? denn die CDU/CSU war schon immer gegen eine Liberalisierung des Prostitutionsgesetzes gewesen. Entsprechende Initiativen gab es bereits im Jahr 2007, diese wurden aber damals im Bundestag gekippt. Im Juni 2013 legte dann die Koalition von CDU, CSU und FDP einen neuen, ebenfalls restriktiven Gesetzesentwurf vor, in dem ? genau wie bei der Initiative der CDU von 2007 ? die unzulässige Gleichsetzung «Prostitution = Menschenhandel» vollzogen wurde.

In die Öffentlichkeit kam das Thema im Herbst 2013 durch das Buch von Alice Schwarzer und den von ihr angestoßenen «Appell gegen Prostitution». Jeder, der weiß, dass Schwarzer der CDU nahesteht, wird unschwer den Zusammenhang erkennen. Und jeder weiß, wie unsachlich und emotional die Debatte seitdem geführt wird, wie lebensfremd und ideologiebelastet die Debatte ist und wie wenig Bereitschaft besteht, Fakten anzuerkennen, die außerhalb des eigenen ideologischen Horizonts liegen. Und leider bilden linke Feministinnen hierbei keine Ausnahme ? offensichtlich merken sie nicht einmal, wie sehr sie sich zu Handlangerinnen rechtskonservativer und rechtspopulistischer Kreise machen. Ich kann das an bestimmten Beispielen belegen.

1. «Links»feministinnen tradieren mehr oder weniger unreflektiert rechtspopulistische Parolen wie die von «Deutschland, dem Puff Europas». Ebenso unreflektiert wird die in rechtskonservativen Kreisen übliche unredliche Gleichsetzung «Prostitution = Menschenhandel» übernommen.

2. (Links-)Feministinnen haben häufig eine Art, Sexualität zu betrachten, die ihre Wurzeln noch im 19. Jahrhundert hat. Tenor: Eine anständige Frau hat keine sexuellen Bedürfnisse, Sexualität zwischen Frau und Mann ist nur möglich als Gewaltakt, und Sex gegen Entgelt eine Form von Vergewaltigung. In logischer Folge kann die Prostituierte oder Sexarbeiterin nur als «Opfer» betrachtet werden. Aber: Wenn ich eine Person ausschließlich als Opfer betrachte, dann entmündige ich sie. Das ist antiemanzipatorisch.

Ebenso häufig ist das Argument, dass eine Frau, die freiwillig der Prostitution nachgeht, «psychisch krank» sein muss. Geradezu musterhaft ist in diesem Zusammenhang die Äußerung einer «Abolitionistin», die in ihrem Blog schreibt: «Hobbynutten ... nutzen das Einzugsgebiet der Prostitution ... um ihre Sexsucht auszuleben.» Hier scheint die Auffassung von Johann Gottlieb Fichte durch, nach der das «normal empfindende» Weib überhaupt keinen Geschlechtstrieb hat und somit Sexualität allenfalls als passiv Erduldende, wenn nicht gar Erleidende erlebt? andernfalls liegt ein psychischer Defekt vor («Sexsucht»). Hier wird allen Frauen pauschal das Recht auf Sexualität abgesprochen? unter dem Deckmäntelchen der Emanzipation!

3. «Was Feminismus ist, bestimmen WIR». Da gab es zum Beispiel im Frühjahr 2015 den Plan für ein Seminar mit dem Titel «Feminismus in High Heels», geplant von Mitgliedern des Berufsverbands erotische und sexuelle Dienstleistungen, unter anderem einer Transgenderfrau. Dieses Seminar unterblieb, weil der Bildungsträger, in dessen Räumen es stattfinden sollte, mit einem solchen Shitstorm aus feministisch-abolitionistischen Kreisen eingedeckt wurde, dass er es als unmöglich erachtete, das Seminar stattfinden zu lassen. Offensichtlich gefiel es manchen Leuten nicht, dass jemand anderes als sie selbst die Deutungshoheit für den Feminismus-Begriff beanspruchte.

Ebenso bezeichnend die Haltung gegenüber der Resolution von Amnesty International zum Thema «Prostitution». Als diese Resolution, die bezeichnenderweise in der

deutschen Sektion mit dem Mäntelchen der Nächstenliebe zugedeckt wurde, erschien, kommentierte *Die Welt* ebenso unverschämt wie unreflektiert: «Amnesty International hilft den Zuhältern.» Und es hat innerhalb des feministisch-abolitionistischen Lagers etliche gegeben, die so schamlos waren, diese Unverschämtheit unreflektiert zu übernehmen. Dass es in der Resolution vor allem um die Länder geht, in denen Prostituierte nach einem Outing nicht «nur» ihr Ansehen in der «bürgerlichen» Gesellschaft oder ihre materielle Existenzgrundlage aufs Spiel setzen, sondern ihr Leben riskieren, weil sie z.B. gesteinigt werden, das ist den selbsternannten Abolitionisten von Rechts UND Links total entgangen.

4. Alles, was nicht der in bürgerlich-reaktionären Kreisen üblichen Putophobie (Hurenfeindlichkeit) frönt, vielleicht gar ? Gott behüte ? der Auffassung ist, dass Sexarbeit eine Dienstleistung ist und keine Sklaverei, wird pauschal als «Handlanger der Sexindustrie», «Mitglied der Zuhälterlobby» etc. bezeichnet ? egal ob es sich um VertreterInnen von Beratungsstellen handelt, die in unmittelbarem Kontakt mit Sexarbeiterinnen stehen, oder um Frauen, die diesen Job freiwillig und selbstbestimmt ausüben. Dabei ist es den Eiferern offensichtlich total entgangen, dass der Unterschied zwischen dem Betreiber eines Großbordells und einer frei arbeitenden Hure, die sich mit mehreren Kolleginnen eine Wohnung mietet, um dort auf genossenschaftlicher Basis zu arbeiten, genau so groß ist wie der Unterschied zwischen einem Lebensmitteldiscounter und dem Tante-Emma-Laden an der Ecke.

In jedem Fall ist der Vertreter des Monopols der geschworene Feind kleiner Strukturen ? und es ist genau diese Zuhälterlobby, der das Ministerium Schwesig in guter neoliberaler Manier Zuarbeit leistet. Denn wenn demnächst kleine Wohnungsbordelle unter dem Deckmäntelchen des Baurechts dicht gemacht werden, haben die dort arbeitenden Frauen nur die Möglichkeit, sich an einen Monopolisten anzuliefern ? sofern sie nicht in den Untergrund gehen wollen. Aber die wertneutrale Betrachtung des Gewerbebezugs «Prostitution» bzw. «Sexarbeit» unter volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten ist den SexarbeitsgegnerInnen genau so fremd, wie der Blick über den eigenen Tellerrand, wenn es darum geht, die gesellschaftliche Realität außerhalb der ideologisierten Sichtweise in den Blick zu nehmen. Fakt ist: Ein Gesetz zur «Regulierung von Prostitution» ist überflüssig wie ein Kropf. Alles, was in diesem Bereich einer genauen Prüfung und

gegebenenfalls auch Reglementierung unterzogen werden muss, kann schon jetzt mit dem vorhandenen juristischen Instrumentarium erledigt werden.

Niemand streitet ab, dass es in der Sexarbeit Ausbeutung und Misshandlungen übelster Art gibt und dass Frauen und Mädchen, die unter entwürdigenden Umständen arbeiten, jede verfügbare Hilfe brauchen, um sich daraus zu befreien.

Nur durch gesellschaftliche Akzeptanz und die Anerkennung als freiberuflicher Tätigkeit, durch das Herausholen aus der Grauzone lässt sich dieses Problem lösen. In dem Augenblick, in dem Sexarbeit kein Tabuthema mehr ist und die Hure nicht mehr gesellschaftlich stigmatisiert wird, die Situation der Huren also generell verbessert wird, lassen sich diese Probleme langfristig lösen.

Also: SexarbeiterInnen brauchen das offiziell anerkannte Recht auf Organisation in einem Berufsverband, mit allen Pflichten wie z.B. der Pflicht zu Weiterbildung und dem Einhalten von Qualitätsstandards, einer allgemein geltenden Gebührenordnung und einer Besteuerung, wie sie für andere freiberufliche Tätigkeiten wie z.B. Heilpraktiker und Therapeuten gilt. Unter *solchen* Prämissen ist die Registrierung über den Berufsverband durchaus sinnvoll. Aber auch *nur* dann!

Wir alle profitieren mehr oder weniger von Ausbeutung und Menschenhandel ? schon bei der Nutzung eines PCs oder eines Smartphones, dem Kauf von Bekleidung oder dem Billigfleisch im Supermarkt. Aber freilich: Um *hier* konkret gegen Missstände vorzugehen, muss man verdammt dicke Bretter bohren. Einfach nur in wohlfeiler sittlicher Entrüstung machen, reicht da nicht aus.

Fazit: Eine Diskussion über Sexarbeit muss geführt werden ? ohne ideologische Vernebelung und in dem Bewusstsein, dass sie ein Stellvertreterkrieg ist, mit dem von den wirklichen Skandalen in unserer Gesellschaft abgelenkt wird. Und die heißen immer noch: Neoliberalismus, Austeritätspolitik und Hartz IV.